

---

# Jahresbericht 2016

---

## Vorwort des Präsidenten

Der Durchmarsch der autoritären und nationalistischen Kräfte in Europa hat nicht stattgefunden. In Österreich nicht bei den Bundespräsidentenwahlen. In den Niederlanden nicht bei den Parlamentswahlen und letzters in Frankreich nicht bei den Präsidentenwahlen. Wer sich um Bürgerrechte und Minderheitenschutz Sorgen macht, hat aufgeatmet. Die Frage aber bleibt, weshalb ein politisches Konzept der Abschottung und Ausgrenzung derart grossen Zulauf gewinnen konnte, dass man fürchten musste, es könnte mehrheitsfähig sein. Und die Gefahr scheint ja bei weitem noch nicht dauerhaft gebannt zu sein.

Die politischen Analysten sind sich meist einig: Die Gründe liegen in den wirtschaftlichen Verhältnissen, heisst es. Alle politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden heute - auch von bürgerlichen Beobachtern - rein ökonomisch erklärt. Eine späte Genugtuung für Karl Marx. Es seien die Globalisierungsverlierer, die sich von populistischen Parolen ansprechen lassen und nationalistische Parteien wählen. In dieser Logik muss man den Globalisierungsverlierern also nur etwas mehr vom Globalisierungsgewinn abgeben und schon wählen sie wieder brav wie früher. Eine kleine Dressurnummer, hat man fast den Eindruck. In der Ökonomie selbst kommt das Konstrukt des Homo ökonomikus langsam ins Wanken, in der Politik geht man aber davon aus, dass die Wählerinnen und Wähler einzig nach wirtschaftlichen Kriterien entscheiden.

Bei allem Verständnis für diese wirtschaftliche Betrachtungsweise, die ja durchaus etwas für sich hat: Etwas geht dabei vergessen: Es geht auch um ein weltanschauliches Konzept, um die Frage, wie man Volk oder Gesellschaft versteht und wie es mit den Individualrechten bestellt sein soll. Die ökonomische Brille verschleiert den Blick auf diesen Aspekt. Am Beispiel der Personenfreizügigkeit kann man es sehr gut aufzeigen. Unter einem ökonomischen Blick geht es im Grundsatz nur um das Recht von Arbeitnehmern, Arbeitsplatz und Aufenthaltsort frei zu wählen und um die Freizügigkeit von Nichterwerbstätigen, sofern sie über genügend Existenzmittel verfügen. Die Wirkungen reichen aber weit darüber hinaus. In einem System der Personenfreizügigkeit kann man die eigene Bevölkerung faktisch nicht schlechter behandeln als die von diesem Prinzip profitierende ausländische. Ein historisch berühmtes Beispiel für dieses Faktum ist die Niederlassungsfreiheit der jüdischen Schweizerinnen und Schweizer, die ihnen erst 1866 zugestanden wurde. Der Handels- und Niederlassungsvertrag mit Frankreich von 1864 gewährte allen französischen Staatsangehörigen und damit auch den französischen Juden Rechtsgleichheit und Freizügigkeit in der Schweiz. In der Folge liess sich die bisherige skandalöse Diskriminierung der Schweizer Juden nicht mehr aufrechterhalten. 1862 noch führte der Versuch der Aargauer Regierung, die jüdische Bevölkerung gleich zu behandeln, zu einem Volksaufstand und dem Sturz von Regierung und Parlament. Die Personenfreizügigkeit

setzt der staatlichen Macht auch gegenüber Diskriminierung der eigenen Bevölkerung Schranken. Es kommt hinzu, dass man in einem System der Personenfreizügigkeit die Chance hat, sich der Macht seines Staates zu entziehen. Es gibt ein kompetitiveres Verhältnis unter den Staaten und schliesst letztlich einen absoluten oder totalen Staat aus. Natürlich wollen wir nicht verhehlen, dass die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Staaten in einem solchen System nach einem wirksamen Ausgleich rufen.

Es ist kein Zufall, dass es die gleichen politischen Kräfte sind, die sich an der Personenfreizügigkeit und an den sogenannten fremden Richtern stören. Beides ist in ihrem Verständnis eine Einschränkung der staatlichen Macht oder Souveränität. In dieser Diskussion geht es um eine grundsätzliche weltanschauliche Frage: Was versteht man unter dem Volk und seiner Souveränität? Ist das Volk eine „natürliche“, vorgegebene, durch gemeinsame Sprache, Kultur und Abstammung vordefinierte Grösse, in die man hineingeboren wird und aus der man seine Stellung und seine Rechte und Pflichten ableitet? Oder ist das Volk der durch den Willensakt der Verfassung konstituierte Träger demokratischer staatlicher Macht zum Schutz der Grundrechte der Einzelnen und zur Verfolgung gemeinsamer Wohlfahrt? Im ersten, „völkischen“ Konzept ist das „natürliche“ Volk das Primäre; der Einzelne leitet sich davon ab. Im „konstitutionellen“ Konzept handelt der Einzelne aus eigener Verantwortung auch im Dienste der Gemeinschaft. Diese weltanschauliche Frage muss diskutiert und ausgefochten werden. Für die vielsprachige und pluralistische Schweiz und ihre Minderheiten – ein „Europa im Kleinen“ quasi – steht ebenso viel auf dem Spiel wie für Europa im Grossen.

## **Mutationen im Vorstand**

### **Rücktritte 2016 aus dem GMS-Vorstand**

Auf die Mitgliederversammlung 2016 trat Daniel Huber, ein langjähriges und engagiertes GMS-Vorstandsmitglied aus. Die GMS dankt ihm sehr herzlich für seinen grossen Einsatz.

### **Neuwahlen 2016 in den GMS-Vorstand**

Gleichzeitig durfte sich die GMS über die Wahl zweier neuer Vorstandsmitglieder freuen und dankt ihnen sehr für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit:

#### **Pascal Pernet**



Pascal Pernet ist Mitglied des Stiftungsrates und seit Januar 2017 Präsident der Stiftung GRA gegen Rassismus und Antisemitismus. Beruflich ist er seit 2012 als Partner bei LGT Capital Partners tätig, einer internationalen Investmentgesellschaft, welche zur LGT Gruppe gehört.

Pascal Pernet ist im Unterengadin aufgewachsen und hat an der Universität St. Gallen studiert. Neben einer Weiterbildung an der Stanford University war er auch beruflich in den USA tätig.

Als jüdischer Schweizer mit rätoromanischer Muttersprache ist er in mehrfacher Hinsicht mit den Anliegen von Minderheiten in der Schweiz vertraut. Pascal Pernet lebt mit seiner Frau Sabina – einer Finnin – und den vier Kindern Eli (12), Hannah (10), Emmanuel und Benjamin (beide 6) in Zürich. Seine Freizeit verbringt er am liebsten draussen, vorzugsweise in den Bergen!

## Mevlide Raimoski



Mevlide Raimoski ist in Mazedonien geboren und aufgewachsen.

Sie arbeitet seit 1998 als Verwaltungsangestellte bei der Stadt Zürich. Seit 2003 ist sie als Romanes-Dolmetscherin beim Staatssekretariat für Migration tätig. Ausserdem führt sie auf Abruf Übersetzungsaufträge für die Medios Asylorganisation Stadt Zürich aus.

Durch ihre Übersetzungstätigkeiten bei verschiedenen Institutionen lernte sie die Vorurteile und Pauschalisierungen kennen, denen die Angehörigen der Roma-Bevölkerung in der Schweiz ausgesetzt sind.

## Der aktuelle Vorstand der GMS:

- *Gülcan Akkaya*, Dr. rer. pol., Politik- und Sozialwissenschaftlerin, Vizepräsidentin der Eidg. Kommission gegen Rassismus, Luzern
- *Sadou Bah*, Autonome Schule Zürich, Zürich
- *Ronnie Bernheim*, Dr. rer. pol., Präsident der Stiftung GRA (bis 2017), Zürich
- *Cécile Bühlmann*, a. Nationalrätin, Luzern
- *Petra Camathias*, Dr. iur., Rechtsanwältin und Mediatorin, Vertreterin der Lia Rumantscha, Zürich
- *Oliver Diggelmann*, Prof. Dr. iur., Professor für Völkerrecht und ausländisches Verfassungsrecht an der Universität Zürich, Zürich
- *Martin Dreyfus*, freiberuflich tätiger Lektor, Rüsclikon
- *Mahmoud El Guindi*, Dr. sc. tech. ETH, Präsident VIOZ Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich, Zürich
- *Leila C. Feit*, a. Kantonsrätin, Zürich
- *Regula Heusser-Markun*, Slawistin, Zürich
- *Werner Kramer*, Prof. Dr. theol., Dr. h.c., Zürich
- *Markus Notter*, Dr. iur., Dr. h.c., a. Regierungsrat, Präsident der GMS, Dietikon
- *Pascal Pernet*, Präsident der Stiftung GRA (ab 2017), Zürich
- *Mevlide Raimoski*, Verwaltungsangestellte und Romanes-Dolmetscherin, Zürich
- *Willi Wottreng*, Redaktor und Autor, Zürich

## Öffentlichkeitsarbeit

### **Selbstbestimmungsinitiative und Broschüre «Menschenrechte und Minderheiten»**

Die GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz engagiert sich seit 1982 für den Schutz der in der Schweiz lebenden Minderheiten. Das Völkerrecht spielt eine wesentliche Rolle für diesen Minderheitenschutz. So beinhaltet zum Beispiel der UNO-Pakt II einen ausdrücklichen Schutz von Angehörigen von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten. Auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) umfasst verschiedene Rechte, die für den Minderheitenschutz von grosser Bedeutung sind. Nun gerät dieser Schutz in Gefahr: unter anderem mit der sogenannten Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Sie verlangt, dass schweizerisches Recht Vorrang vor dem Völkerrecht hat und schafft damit die ernsthafte Gefahr, dass die Schweiz internationale Verträge, allen voran die EMRK, wird kündigen müssen. Diese Entwicklung muss die GMS, welche sich dem Schutz der Minderheiten verschrieben hat, beschäftigen.

Mit der im Berichtsjahr produzierten Informationsbroschüre «Menschenrechte und

Minderheiten» will die GMS über die Tagesaktualität hinaus auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen und damit einen Beitrag leisten, dass der Grundrechtsschutz der Minderheiten in der Schweiz verankert bleibt. Die Broschüre wurde im 1. Quartal 2016 produziert und an National- und Ständeräte, die GMS-Mitglieder, an die Regierungen der Kantone und an weitere interessierte Kreise verschickt. Die Mitglieder der NGO-Plattform Menschenrechte wurden mit einem elektronischen Versand über die Broschüre informiert.

## **EMRK**

Das Engagement der GMS für den Erhalt der EMRK bleibt weiterhin ein Schwerpunkt (vgl. dazu etwa oben «Selbstbestimmungsinitiative»). Federführend war die Kampagne Schutzfaktor M, welche die GMS als Mitglied unterstützte. Die GMS war (und wird auch in den nächsten Jahren bleiben), gemeinsam mit der GRA, Teil dieses Netzwerkes und wirkte so mit.

## **Standpunkte 2016**

2016 veröffentlichte die GMS pointierte Stellungnahmen zu aktuellen Themen im Umfeld der Minderheitenpolitik.

Folgende GMS-Standpunkte sind im Berichtsjahr erschienen:

- NEIN zur Durchsetzungsinitiative (Januar 2016)
- Misstrauen – kein Leitfadens im Umgang mit Muslimen (Juli 2016)

Alle Standpunkte sind nachzulesen auf der Website der GMS unter:

<http://gms-minderheiten.ch/oeffentlichkeitsarbeit/standpunkte/>.

## **Neue Website**

Seit Februar 2016 ist die neue GMS-Website online. Sie löste die technisch veraltete Homepage vollständig ab, ist wieder auf dem neusten Stand und die Darstellung und Publikation der GMS-Einträge damit für die kommenden Jahre technisch sichergestellt.

## **Veranstaltungsreihe «Rassismus in der Mitte der Gesellschaft»**

Am 26. Oktober 2016 fand im Musiksaal des Stadthauses Zürich die Eröffnungsveranstaltung mit dem Titel «Rassismus. Ein Randthema?» statt. Die GRA und GMS waren Partnerorganisationen der von der Integrationsförderung der Stadt Zürich organisierten mehrmonatigen Veranstaltungsreihe.

## **Fischhof-Preis**

Die GRA und GMS, unterstützt vom Sigi und Evi Feigel-Fonds, ehrten mit der Verleihung des 13. Nanny und Erich-Fischhofpreises 2016 die Publizistin, Islamwissenschaftlerin und Moderatorin der «Sternstunde» des Fernsehens SRF, Amira Hafner-Al Jabaji und Samuel Althof Kessler, psychologischer Berater und Leiter der Fachstelle Extremismus- und Gewaltprävention.

An der Preisverleihung, welche am 31. Oktober 2016 traditionell im Zunfthaus zur Meisen stattfand, nahmen über 180 Personen aus Politik, Medien und Wirtschaft teil. Nach den einleitenden Worten des GRA Stiftungsratspräsidenten, Dr. Ronnie Bernheim, hielt Frau Prof. Maya Hertig Randall, Rechtsanwältin und Professorin für Verfassungsrecht an der Universität

Genf und Mitglied der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), die Festansprache über die Unterschiede der Rede- und Meinungsfreiheit dies- und jenseits des Atlantiks.

Dr. Markus Notter, Präsident der GMS, überreichte den ersten der beiden Fischhof-Preise 2016 an Amira Hafner-Al Jabaji und würdigte damit ihr langjähriges Engagement für ein besseres Verständnis des Islam in der Schweiz und für einen respektvollen Dialog unter den Religionen. Die Laudatorin, Dr. Brigitta Rotach, hob des weiteren Hafners Engagement im interreligiösen Think-Tank hervor.

Als zweiter Preisträger wurde Samuel Althof Kessler durch Ronnie Bernheim geehrt. Bei der Preisübergabe führte Ronnie Bernheim Althofs jahrzehntelangen Einsatz gegen Extremismus unterschiedlicher Prägung, aus. Auch Laudator Georg Häsler, vom Schweizer Fernsehen, bewunderte Althofs diskreten und oft nicht ungefährlichen Einsatz für Menschen, die sich aus verschiedenen Gründen in extremistischen Organisationen verloren haben und die er dennoch oft wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückführen kann.

Musikalisch wurde die Preisverleihung durch den Pianisten Philipp Mestrinel und die Sängerin Dela Hüttner begleitet. Der anschliessende Apéro bot Gelegenheit für angeregte Gespräche.





## **Mitgliederversammlung 2016**

An der Mitgliederversammlung 2016 folgte im Anschluss an die statutarischen Traktanden, der thematische Teil des Abends mit dem Titel: «EMRK und Minderheitenschutz».



In einem ersten Teil des Referats von a. Bundesrichter Niccolò Raselli wurde aufgezeigt, weshalb der von der EMRK gewährleistete Schutz der Menschenrechte auch für die Schweiz von eminenter Bedeutung ist – und zwar für alle in diesem Land lebenden Menschen, insbesondere aber auch für Minderheiten jeglicher Art. In einem zweiten Teil wurde anhand von konkreten Beispielen aus der Rechtspraxis aufgezeigt, wie weit EMRK und Bundesverfassung geeignet sind, Minderheiten schützen.

*(Bildlegende: Niccolò Raselli, a. Bundesrichter)*

## **Langfristige Projekte**

### **Grabfelder für Muslime**

Mit den Gemeinden Dietikon und Schlieren wurde in der Vergangenheit der Kontakt gesucht. Es ist der GMS leider nicht gelungen die Thematik mit den zuständigen Behörden zu vertiefen. Offensichtlich bestand kein Interesse an einer regulatorischen Lösung. Die GMS hat im Berichtsjahr die Einführung der neuen Friedhofsverordnung in Baden, welche auch Grabfelder für Muslime regelt, mitverfolgt. Nachdem die Einführung der neuen Verordnung keine weitere Debatte ausgelöst und die entsprechende Friedhofsverordnung im Januar 2017 in Kraft getreten ist, haben die Projektverantwortlichen beschlossen, die Gemeinden Schlieren und Dietikon wieder ins Auge zu fassen. Eine Sitzung der Projektverantwortlichen betreffend weiteres Vorgehen im Projekt Grabfelder für Muslime in Zürcher Gemeinden wurde im Berichtsjahr für Anfang 2017 organisiert.

### **Sans-Papiers**

Ein weiterer Schwerpunkt bleiben die Sans-Papiers. Aufgrund der Fischhof-Preisverleihung wurde der von Markus Notter angeregte Schulbesuch für den GMS-Vorstand in der Autonomen Schule Zürich, für das Frühjahr 2017 angesetzt.

### **Rassismusbericht 2016**

Seit dem Berichtsjahr 2014 wurden der Rassismusbericht von GRA/GMS und der Antisemitismusbericht von SIG/GRA online unter [www.rassismus.ch](http://www.rassismus.ch) und [www.antisemitismus.ch](http://www.antisemitismus.ch) veröffentlicht.

Die Chronologie, welche tagesaktuell rassistische Vorfälle in der Schweiz dokumentiert und im jährlichen Rassismusbericht «Rassismus in der Schweiz» zusammengefasst wird, wies 2016 gleich viele Vorfälle auf wie 2015.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Zahl insofern repräsentativ ist, als die Chronologie Vorfälle erfasst, die in den Medien publiziert wurden. Es handelt sich also um ein Medien-Monitoring, das eine Stimmung in der Schweiz vom letzten Jahr wiedergibt, welches aber keinen Anspruch auf statistische Vollständigkeit hat.

Die Dunkelziffer in Zusammenhang mit rassistischen Vorfällen war denn auch 2016 hoch. GRA und GMS erhielten beispielsweise fast täglich Nachrichten von Opfern von rassistischen Vorfällen oder Hinweise auf fremdenfeindliche Verstösse. Diese betrafen häufig das Internet und/oder soziale Medien und wurden deshalb nicht in der Chronologie erfasst. Die Angst vor dem Fremden bleibt also bestehen und fremdenfeindliche Ressentiments sind weiterhin latent vorhanden, wie auch im letzten Jahr unzählige Kommentare und Posts auf sozialen Medien und zu Online-Zeitungsartikeln zeigten. Zum Rassismusbericht 2016 haben die GRA/GMS eine Hinweiskarte (Flyer) an über 10'000 Adressaten in der ganzen Schweiz verschickt.

### **Sigi Feigel-Gastprofessur**

Für die siebte Besetzung der Sigi Feigel-Gastprofessur im Frühjahrssemester 2016 konnte als Gastprofessorin Frau Prof. Dorothea M. Salzer, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam, eingeladen werden. In diesem Rahmen führte Prof. Salzer je ein Seminar an der Universität Zürich und Basel, sowie eine Vorlesung an der Universität Zürich durch. Die von der Gastprofessorin angebotenen Lehrveranstaltungen zum Thema «Innovation und Transformation des deutschsprachigen Judentums» sowie zu zwei Schwerpunkten des Themas «Wie aus Kindern Juden werden», waren gut besucht. Sehr geschätzt wurden die Offenheit der Gastprofessorin für Fragen, Diskussionen und Stellungnahmen in der Vorlesung sowie die didaktische Führung und die inhaltliche Reichhaltigkeit der einzelnen Veranstaltungen.

Im Herbstsemester 2016 wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich und der ETH die Ringvorlesung zum Thema: «Gesetz und Recht: Normen und ihre Kritik im Judentum» angeboten. Ebenfalls wurde das Seminar: «Stadt ohne Juden. Jüdische Lebenswelten in Europa nach 1945» von Prof. Erik Petry abgehalten.

Der detaillierte Bericht zum Frühjahrssemester 2016 der Sigi Feigel-Gastprofessur und alle Berichte der früheren Semester sind unter folgendem Link verfügbar:

<http://gms-minderheiten.ch/bildung/sigi-feigel-gastprofessur-2/>.

## **Punktuelle Einsätze**

### **Unterstützungen, Kooperationen, Networking**

Weitere Interessens- und Einsatzgebiete der GMS waren 2016 wiederum der Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative und für die EMRK. Federführend war die Kampagne Schutzfaktor M, welche die GMS als Mitglied unterstützte. Die GMS war (und wird auch in den nächsten Jahren bleiben), gemeinsam mit der GRA, Teil dieses Netzwerkes und wirkte so mit. Eng und in einem regen Austausch arbeitete die GMS auch im vergangenen Jahr zusammen mit ihren Schwesterstiftungen GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und SET Stiftung Erziehung zur Toleranz.

Seit vielen Jahren ist die GMS auch Mitglied des «Runden Tisch Rassismus» der Stadtpolizei Zürich. Mehrmals im Jahr tauschen sich Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Vertretern der Polizei, dem Polizeivorsteher der Stadt Zürich, dem Stadtrat Richard Wolff, sowie der Ombudsfrau der Stadt Zürich, Dr. Claudia Kaufmann, zum Thema Rassismus und Polizeiarbeit aus. Dr. Kaufmann hat durch den Bericht über «Racial Profiling der Polizei» den Anstoss zu dieser Diskussionsplattform gegeben. Nach anfänglichen freundlichen, aber deutlichen Stimmungsbeugen hat sich dank Vertrauensbildung eine konstruktive und sensibilisierende Arbeitsgruppe der Polizei mit den NGOs ergeben.

Wie in den vergangenen Jahren unterstützte die GMS 2016 zudem einige ausgewählte externe Projekte mit finanziellen Beiträgen.

Grundsätzlich sieht es die GMS nicht als eine ihrer primären Aufgaben an, Förderbeiträge zu sprechen. Sie hat auch nicht die Mittel dazu. Die GMS unterstützt ausnahmsweise und nach subjektivem Ermessen Projekte, die ihr vom Thema oder von der Trägerschaft her nahe verwandt scheinen und bei denen mit relativ kleinen Mitteln einem Minderheiten-Anliegen weitergeholfen werden kann. Ansonsten hilft die GMS mit Wort und Tat (z.B. durch Fürsprache bei Behörden oder durch organisatorische Mitarbeit, Networking etc.).

### **GMS als Ansprechpartnerin des Bundes in Minderheitenfragen**

Wenn es um Minderheiten- oder Menschenrechtsthemen geht, ist die GMS oft eine der Ansprechpartnerinnen des Bundes in Bern (oder auch für kantonale oder andere staatliche Stellen) und wird regelmässig zu Diskussionen, Vernehmlassungen oder Berichterstattung bez. Minderheitenfragen mit nationalen oder auch internationalen Experten eingeladen.

So wird die GMS schon seit mehreren Jahren zu den jährlichen Dialog-Gesprächen des EDA in Bern (Sektion Menschenrechte der Direktion für Völkerrecht) mit Vertretungen der Zivilgesellschaft eingeladen. Es geht um Rechtsfragen im Bereich der Menschenrechte und um die Mitgestaltung der Menschenrechtspolitik des Bundes. Die GMS wurde 2016 an diesen wichtigen Gesprächen von der Vizepräsidentin Cécile Bühlmann vertreten.

## **Interna**

### **Danke!**

All ihren Mitgliedern dankt die GMS auch dieses Jahr ganz herzlich für ihre Jahresbeiträge und Spenden, ebenso wie für ihr Engagement, Interesse und Mitdenken. Für Informationen, Anregungen und Hinweise von Mitgliedern oder befreundeten Organisationen zur Unterstützung unserer Arbeit sind wir jederzeit sehr dankbar.

### **Aktualisierung Mitgliederadressen / E-Mail-Adressen**

Bitte informieren Sie das Sekretariat der GMS per E-Mail oder Telefon über allfällige Adressänderungen: 058 666 89 66 oder [info@gms.ch](mailto:info@gms.ch).

Falls Sie GMS-Informationen auf elektronischem Weg erhalten möchten, senden Sie Ihre E-Mail-Adresse an: [info@gms.ch](mailto:info@gms.ch).

Zürich, im März 2017

GMS GESELLSCHAFT MINDERHEITEN IN DER SCHWEIZ